

Sachdokumentation:

Signatur: DS 1051

Permalink: www.sachdokumentation.ch/bestand/ds/1051



Nutzungsbestimmungen

Dieses elektronische Dokument wird vom Schweizerischen Sozialarchiv zur Verfügung gestellt. Es kann in der angebotenen Form für den Eigengebrauch reproduziert und genutzt werden (private Verwendung, inkl. Lehre und Forschung). Für das Einhalten der urheberrechtlichen Bestimmungen ist der/die Nutzer/in verantwortlich. Jede Verwendung muss mit einem Quellennachweis versehen sein.

Zitierweise für graue Literatur

Elektronische Broschüren und Flugschriften (DS) aus den Dossiers der Sachdokumentation des Sozialarchivs werden gemäss den üblichen Zitierrichtlinien für wissenschaftliche Literatur wenn möglich einzeln zitiert. Es ist jedoch sinnvoll, die verwendeten thematischen Dossiers ebenfalls zu zitieren. Anzugeben sind demnach die Signatur des einzelnen Dokuments sowie das zugehörige Dossier.



Lehrplan vors Volk

Demokratische Mitbestimmung in der Volksschule
Volksinitiative Kanton Zürich

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster | info@lehrplan-vors-volk.ch | www.lehrplan-vors-volk.ch | Spendenkonto: Postkonto 89-753598-5

Newsletter vom 2. 10. 2016

Inhalt

Schulleiter wollen Hausaufgaben abschaffen.....	1
Hausaufgabendiskussion entlarvt Mängel des LP21	2
Kinderärzte gegen den Lehrplan 21	3
Streit um Frühfranzösisch: Politiker schikanieren wissenschaftliche Kritiker.....	4
Leserbriefe	5
Die Abwertung seriöser Sprachenstudien wird nicht goutiert.....	10
Frühenglisch – ein schulischer Leerlauf	10
Die Volksschule muss wieder Sache des Volkes werden	11
Medienmitteilung des Abstimmungskomitees „Ja zum HarmoS-Ausstieg“, 25. 9. 2016	11

Schulleiter wollen Hausaufgaben abschaffen

Schweiz am Sonntag vom 28.8.16, Yannick Nock

Zoff zu Hause: Eltern und Kinder streiten häufiger wegen der «Ufzgi».

Lisa Lehner hat Generationen von Schulkindern und eine Menge Reformen erlebt. Zuerst unterrichtete sie 15 Jahre an Primar- und Realschulen, danach wurde sie Schulleiterin in Baden, wo sie seit 14 Jahren tätig ist. Trotzdem gibt es immer wieder Entwicklungen, die auch sie überraschen. Eine ist der wachsende Konflikt zwischen Eltern und ihrem Nachwuchs.

«Mich rufen heute häufiger verzweifelte Mütter und Väter an, weil sie mit ihren Kindern aneinandergeraten», sagt Lehner. Fast immer geht es um das gleiche Thema – die Hausaufgaben. Eltern könnten heute nicht immer Zeit aufwenden, den Stoff mit ihren Sprösslingen durchzugehen, mit dem Ergebnis, dass sich beide zoffen. Für Lehner ist deshalb klar: «Wir sollten die klassischen Hausaufgaben abschaffen.»

Lehners Stimme hat Gewicht. Sie verfügt nicht nur über viel Erfahrung, sondern ist auch Vizepräsidentin des Deutschschweizer Schulleiterverbands. Die Unterstützung ihrer Kollegen ist ihr sicher. Auch Bernard Gertsch, Präsident des Verbands, sieht Handlungsbedarf. Beide wollen die Idee nun aufs Tapet bringen. Dabei geht es nicht nur um die Spannungen im Elternhaus, Gertsch sieht die Chancengleichheit gefährdet. Primarschüler, deren Eltern arbeiten oder aus bildungsfernen Schichten stammen, könnten sich zu Hause an niemanden wenden. «Das gefährdet die Entwicklung der Schüler und lässt die Lücke zu den Klassenbesten noch grösser werden.»

Die Debatte um die Hausaufgaben erhält durch den Schulleiterverband Aufwind, neu ist sie allerdings nicht. Der renommierte Kinderarzt Remo Largo sagte bereits 2012, auf die Hausaufgaben angesprochen: «Abschaffen! Die Verantwortung liegt bei der Schule, nicht bei der Familie.» Auch für Gabriel Romano, Dozent der Erziehungswissenschaften an der Pädagogischen Hochschule Bern, haben Hausaufgaben meistens nur einen geringen Lerneffekt. Oft handle es sich um Stoff, der aus Zeitmangel nicht mehr durchgenommen werden könne. Zuhause seien die Schüler dann sich selber überlassen, kritisiert er. Nötig sei das nicht: «Die Schüler lernen tagsüber genug.» Zu viel Schulstoff ist auch für Schulleiter-Präsident Gertsch ein Problem. Statt eines einzigen Klassenlehrers haben Kinder heute Fachlehrer für jeden Bereich, die sich nicht immer absprechen. «Unter Umständen werden den Kindern dann zu viele Aufgaben zugemutet», sagt Gertsch.

Vorwurf der Kuschelpädagogik

Bisher sind alle Anstrengungen die Hausaufgaben abzuschaffen, gescheitert. Nur einmal gelang der Versuch. 1993 strich der Kanton Schwyz jegliche Hausaufgaben, allerdings hob die Regierung diesen Entscheid nur vier Jahre später wieder auf. Eltern, Politiker, aber auch Lehrer hatten sich heftig dagegen gewehrt. Eine Schule ohne Hausaufgaben sei zu weich, sie verkäme zur Kuschelpädagogik, hiess es. Die SP scheiterte 2009 in der Stadt Zürich mit dem gleichen Anliegen. Das Argument der Chancengleichheit war nicht stark genug. Vielmehr schätzen Eltern und Politiker, wenn Kindern Selbstständigkeit beigebracht wird.

«Hausaufgaben sind im Bewusstsein der Bevölkerung gleich stark verankert wie die Noten 1 bis 6», sagt Beat Zemp, Präsident des Lehrerverbandes. «Die Hausaufgaben zu streichen, führt zu emotionalen Diskussionen.» Dennoch sieht Zemp geeignetere Möglichkeiten, die Selbstständigkeit von Schülern zu fördern. Er schlägt spezielle Hausaufgabenlektionen am späteren Nachmittag vor, in denen die Lernenden, wenn nötig, Hilfe eines Lehrers anfordern könnten. Dann müssten Kinder die Hausaufgaben nicht zu Hause lösen.

Zuversichtlich ist Zemp allerdings nicht. «Solche Anliegen kosten Geld und gehören daher in der heutigen Zeit extremer Abbaumassnahmen bei der Bildung in den Bereich des Wunschdenkens», sagt er. Der Schulleiterverband will sich trotzdem des Problems annehmen. «Eine Diskussion über die Hausaufgaben ist überfällig», sagt Gertsch. «Wir werden unser Anliegen nun vorantreiben.»

Hausaufgabendiskussion entlarvt Mängel des LP21

Mit ihrem Vorschlag, die Hausaufgaben ganz abzuschaffen greifen die Schulleiter einen wichtigen Punkt der heutigen Schulmisere auf. Es stimmt, dass die Hausaufgaben die Eltern und ihre Kinder heute oft in Schwierigkeiten bringen – aber nicht weil das Prinzip der Hausaufgaben unbrauchbar ist, sondern weil die Schule ihre Aufgabe heute immer öfter nicht zufriedenstellend erfüllt.

Im Lehrplan, im alten wie im neu entworfenen, werden die Hausaufgaben folgendermassen umschrieben: «Schülerinnen und Schüler müssen die Aufgabenstellung der Hausaufgaben verstehen und die Arbeitstechnik kennen. Hausaufgaben müssen ohne fachliche Hilfe der Eltern und Erziehungsberechtigten lösbar sein. Die Lehrpersonen berücksichtigen beim Erteilen von Hausaufgaben das Leistungsvermögen der Schülerinnen und Schüler, damit eine Überbelastung vermieden wird.» Diesem Ansatz entsprechen die Hausaufgaben in der Praxis aber sehr oft nicht. Tatsache ist, dass sie oft ohne Hilfe nicht gelöst werden können:

Sehr oft ist die Aufgabenstellung viel zu schwierig oder es steht kein altersgerechtes, verständliches Material zur Verfügung. Wenn es um Übungs- und Repetitionsaufgaben geht, sind die Kinder oft ebenfalls nicht in der Lage, sie selbständig zu lösen, weil kein systematischer Wissensaufbau mehr stattfindet und mit den Kindern vor dem Üben zuerst noch die Grundlagen erarbeitet werden müssen. Wenn die Lehrkräfte den Eltern und Schülern zudem noch einschärfen, dass die Aufgaben ohne Hilfe gelöst werden müssen, wird die Situation noch schwieriger.

Dies hat zur Folge, dass trotzdem viele Eltern täglich mit ihren Kindern zusammensitzen und den Schulstoff nacharbeiten. Andere organisieren Nachhilfeunterricht oder verlangen von der Schule noch mehr Aufgabenhilfe. Für die Kinder ist dieser Zustand ebenfalls sehr unbefriedigend, sie sind häufig überfordert und es wird ihnen immer wieder ihr Ungenügen vor Augen geführt. Dadurch verlieren sie die Freude am Lernen, werden hyperaktiv oder reagieren gar psychosomatisch.

Richtig eingesetzt machen Hausaufgaben durchaus Sinn. Eine Arbeit, die in der Schule eingeführt und begonnen wurde, kann zu Hause in Ruhe und ohne Zeitdruck fertiggestellt werden. Auch das Üben und Automatisieren in der Mathematik oder in den Sprachen ist sinnvoll. Wenn die Hausaufgaben wirklich so ausgestaltet sind, dass die Schülerinnen und Schüler sie alleine können, gehen sie am nächsten Tag mit Sicherheit und Freude in die Schule und die Eltern wissen, woran gerade gearbeitet wird.

Die Misere bezüglich der Hausaufgaben ist eine Auswirkung der Vorstellung vom Lernen, wie sie dem Lehrplan 21 zugrunde liegt und in den letzten Jahren in der Schule Einzug gehalten hat. Lernen sei ein individueller, konstruktiver Prozess jedes Einzelnen, eine direkte Instruktion, ein gemeinsames Erarbeiten sei unmöglich und jedes Kind müsse sich selber und ohne fremde Hilfe einen Weg suchen. Die Schule stellt dann vor allem Material zur Verfügung und es stehe in der Verantwortung jedes einzelnen daraus etwas zu machen. Diese Vorstellung wird dem Wesen des Kindes und dem Auftrag der Schule in keiner Art und Weise gerecht.

Auch die Diskussion um die Hausaufgaben zeigt, dass der Lehrplan 21 abgelehnt werden muss. Die Schule soll den Schülerinnen und Schülern entsprechen und der genauen Überprüfung in der Realität standhalten. Nur so kann die Schule ihrem Auftrag gerecht werden und ausserdem werden viele der Reparaturmassnahmen wie Therapien, Aufgabenstunden, Konfliktmanagement und die damit verbundenen Kosten überflüssig.

Rudolf Richner, Zürich

Kinderärzte gegen den Lehrplan 21

Der LP 21 wurde vor einem Jahr als Jahrhundertwerk bezeichnet. Er umfasste 553 Seiten. Herr Rüegg, Schulpräsident von Rapperswil-Jona beruhigt: "Er wurde einer Diät unterzogen und 40 Seiten schlanker gemacht". Rest 513.

Wir prakt. Kinderärzte des Kt. Zürich haben uns in einer Vernehmlassung ohne Gegenstimme gegen den LP 21 ausgesprochen. Wir befürchten noch häufiger Ritalin und noch mehr Therapien verordnen zu müssen.

Herr Rüegg, Ihre Aussage „die Schüler merken keinen gravierenden Unterschied“ ist in Bezug auf das Kompetenzen orientierte Lernen richtig, im Übrigen aber falsch. Der bisherige bewährte Klassenunterricht soll durch die „neue Lernform“ „Selbstgesteuertes Lernen“ (die Schüler sollen individuell, selbst entscheiden wann sie was lernen wollen) abgelöst werden. Dies wird sich für die schwächeren Schüler und meine oft einseitig

begabten ADHS-Kinder verheerend auswirken. Die Kinder brauchen eine klare Führung und in der Lehrperson eine Bezugsperson, keinen Lerncoach.

Der LP 21 verspricht die Erfüllung des Harmos-Konkordates. Falsch. In Zürich wird auch nach der Einführung des LP21 zuerst Englisch, in Bern zuerst Französisch in der Primarschule gelernt.

Trotz klaren Beweisen können heute die Schüler nach der Oberstufe nicht besser Englisch oder Französisch obwohl sie schon in der Primarschule mit dem Erlernen dieser Sprachen geplagt wurden. Dafür können sie jetzt schlechter Deutsch. Der LP 21 hält an diesem Missstand fest.

Jedes Medikament und jede Therapiemethode wird selbstverständlich unter verschiedenen Bedingungen eingehend geprüft, bevor wir sie bei den Menschen einsetzen dürfen. In der Schule wird etwas am grünen Tisch entworfen und dann hemmungslos ohne vorgängig Erfahrungen zu sammeln, an unseren Kindern ausprobiert.

*Hannes Geiges
Kinder-, Jugend- und Schularzt Rütli
Spezialgebiet ADHS und Schulprobleme*

Streit um Frühfranzösisch: Politiker schikanieren wissenschaftliche Kritiker

bz basellandschaftliche Zeitung vom 18.9.2016

Im Streit um den Sinn von Frühfranzösisch gerät die Wissenschaft zunehmend unter die Räder. Wie die «NZZ am Sonntag» berichtet, ist es gleich mehrfach vorgekommen, dass Verfasser von Studien und Berichten, die den Nutzen des frühen Fremdsprachenunterrichts angezweifelt haben, von offiziellen Stellen unter Druck gesetzt wurden.

In der internationalen Sprachenforschung geht man davon aus, dass früher Fremdsprachenunterricht für Kinder sich später nicht zwingend vorteilhaft auf die Sprachfähigkeiten der Jugendlichen auswirkt.

Schüler, die später französisch oder englisch lernen, holen sehr rasch auf. Wer aber als Wissenschaftler in der Schweiz solche Befunde verbreitet, sticht in ein Wespennest, wie die «NZZ am Sonntag» am Beispiel mehrerer Forscher zeigt.

Schuld ist der politisch stark aufgeladene Sprachenstreit um Frühfranzösisch und/oder Frühenglisch. Die Zeitung schildert unter anderem den Fall der jungen Forscherin Simone Pfenninger, die sich daran machte, die Annahme «Früher-desto-besser» zu bestätigen. Es gelang ihr nicht – wie es auch der internationalen Forschung regelmässig nicht gelingt.

Doch anstatt diesen Befund, der weder für Frühenglisch noch für Frühfranzösisch spricht, zur Kenntnis zu nehmen, wurde der Präsident der Erziehungsdirektorenkonferenz EDK, Christoph Eymann, gegenüber Pfenninger persönlich: Ihre Arbeit genüge «offensichtlich qualitativ» nicht, schrieb er in einem Artikel in der «Basler Zeitung» unter Hinweis darauf, dass ihre Studie in einer internationalen Forschungsübersicht nicht berücksichtigt wurde.

Aus seiner Sicht können aus der Arbeit der preisgekrönten Forscherin und baldigen Professorin an der Universität Salzburg zudem «keine Erkenntnisse für die aktuelle Diskussion abgeleitet werden».

Laut «NZZ am Sonntag» kriegte Pfenninger den Unmut der Politik auch direkt zu spüren. Die Anwesenheit der redegewandten Frau an Podiumsgesprächen sei kritisiert worden und man habe ihr offen gesagt, es wäre besser, wenn ihre Studie nie erschienen wäre.

Offenbar ist sie auch kein Einzelfall: Auch andere Studienübersichten, welche die Vorteile des frühen Fremdsprachenunterrichts kritisch beleuchten, kämen bei der «Bildungslobby» schlecht an, heisst es weiter. Politisch Verantwortliche verweigerten das Gespräch und einzelne Forscher bangten um Fördergelder und Karriere. Der Freiburger Professor für Mehrsprachigkeit, Raphael Berthele, kritisiert, dass Resultate und Erkenntnisse selektiv herausgepickt würden.

Eine Erklärung für das angeblich ablehnende Verhalten der Politik gegenüber wissenschaftlichen Kritikern ist laut «NZZ am Sonntag», dass für die EDK viel auf dem Spiel: Einerseits geht es um die Macht in der Bildungspolitik – traditionell Sache der Kantone – gegenüber dem Bund. Andererseits wurde viel in die Ausbildung von Lehrern investiert, die Fremdsprachen in der Unterstufe unterrichten. Eine Änderung würde nochmals teuer.

Eymann bestreitet laut der Zeitung, dass er die wissenschaftliche Arbeit Pfenningers geringschätzt. Für ihn sei es aber nicht zulässig, dass ihre Studie als «ultimativer Beweis» gegen den frühen Fremdsprachenunterricht herangezogen wird. Von politischem Druck auf Wissenschaftler wisse er nichts. Aus seiner Sicht gibt es aber zu viele Studien im Bildungsbereich. (trs)

Leserbriefe

Liebe Mitkämpfer für eine starke Volksschule,

Die von der Basler Zeitung aufgedeckte Unterdrückung kritischer Forschung, über die auch in der NZZ am Sonntag vom 18. September 2016 berichtet wurde, muss in einem grösseren Zusammenhang gesehen werden, wenn die Volksschule nicht dasselbe Schicksal wie die Universitäten erleiden soll. 1999 hat der hand- oder staatsstreichartige Federstrich eines subalternen Beamten aus Bundesbern, gegen den Willen der mitgereisten Universitätsrektoren, in Bologna dazu geführt, dass das ganze Schweizer Hochschulwesen an Parlament und Volk vorbei total umgekrempelt und nach unten nivelliert wurde.

Frühfremdsprachen und das D-EDK Projekt „Lehrplan 21“ sind nur die Spitze des Eisbergs. Die Vorgänge im Bildungswesen haben eines gemeinsam, es ist ein Generalangriff gegen die fachlichen Autoritäten (Massenkündigungen im Zürcher Unterland usw.), gegen die kritische Wissenschaft und das bewährte Schweizer Volksschulsystem durch vom Volk gewählte Behörden, die sich nicht als Diener des Volkes verstehen, sondern als totalitäre Vollstrecker internationaler Reformen. Schon 2010 warnte Hans Zbinden: „Der Nachvollzug von europäischen Reformen geschieht immer mehr an Parlamenten und Öffentlichkeit vorbei. Und was dabei noch mehr erstaunt: Die sonst so aufmerksamen EU-skeptischen Kreise dulden es lautlos, wenn Wissenschaft und Wirtschaft an der Politik vorbei die Europäisierung unseres Bildungswesens vorantreibt“.

Der umstrittene „Lehrplan 21“ mit seiner konstruktivistischen Kompetenzorientierung ist nur der Aufhänger für einen heimlichen, radikalen Umbau des bewährten Bildungssystems, der mit einer Art „Gehirnwäsche“ in öffentlichen Verlautbarungen der Behörden, in den Medien und in der Lehreraus- und -weiterbildung einhergeht. Damit verbunden ist die Abschaffung der Lehrer als fachliche Autoritäten und des Klassenunterrichts als international anerkannte wichtigste Faktoren einer erfolgreichen Schulbildung. Schon im Jahr 2013 hatte die NZZ mit deutlichen Worte auf diese Gefahr hingewiesen: «Gewarnt sei vor einem staatlichen Umerziehungsplan, der in Form eines «modernen» Lehrplans

daher kommt.» (Michael Schönenberger, NZZ 13.8.2013)

Wenn Lehrer ihre Stelle verlieren, weil sie ihre Schüler mit dem „selbstorganisierten Lernen“ nicht im Stich lassen wollen, wenn eine preisgekrönte Wissenschaftlerin, von den Behörden massiv öffentlich diffamiert unter Druck gesetzt wird, so dass sie jetzt das Land verlässt, drängt sich ein Vergleich mit der Kulturrevolution im kommunistischen China geradezu auf, auch wenn die Methoden möglicherweise „subtiler“ geworden sind.

Peter Aebersold, Zürich

Sprachwissenschaftlerin Simone Pfenninger kann auf Grund ihrer Forschung die Devise "je früher, desto besser" beim Fremdsprachenunterricht nicht stützen. Mit den Resultaten ihrer Arbeit stach sie in ein Wespennest. Die Universität Zürich steht hinter ihr, die EDK und viele Politiker gingen zu massiven Angriffen über. Haarsträubend, wie man versucht, einem nicht passende Forschungsergebnisse samt den Verfassern zu diffamieren und zu diskreditieren. Meist geht es jedoch nur um persönliche Interessen: ein Spiel um Macht und Geld. Die EDK weist aber ihrerseits auch "Studien" vor, welche ihren Standpunkt verteidigen. Hundert Fachleute hätten sich **für** zwei Fremdsprachen an der Primarschule ausgesprochen, aber, wen wundert's, **viele von ihnen seien als Macher von Lehrplänen und Lehrmitteln oder als Lehrerausbildner in den frühen Fremdsprachenunterricht direkt involviert.**

Hinter der schönen Fassade der noblen „Erziehungsdirektorenkonferenz“ ist ein hunds-gemeines Dreckgeschäft zum Vorschein gekommen. Und das, was sich Eymann an der Spitze leistet, spricht Bände. In der "Basler Zeitung" spricht er Pfenninger die Kompetenz kurzerhand ab, in der Fremdsprachenfrage mitreden zu können. Ihre Arbeit genüge qualitativ nicht. Später, selber unter Druck gekommen, sagt er lammfromm, es gehe ihm in keiner Weise darum, die Äusserungen der Wissenschaftlerin geringzuschätzen. Und dann schämt er sich nicht beizufügen, „**Druckversuche gegen Wissenschaftler finde ich grundsätzlich nicht gut**“!! Simone Pfenninger wird per 1. Oktober die Schweiz verlassen; sie wurde als Professorin an die Uni Salzburg gewählt.

Hans-Peter Köhli

Leserbriefe an die NZZ

Es verschlägt einem fast die Sprache. So sieht es also aus hinter den Kulissen der Erziehungsdirektorenkonferenz und der Bildungslobby! Feine Damen und Herren, die mit den Methoden Druck und Einschüchterung den Frühfremdsprachenunterricht ohne Rücksicht auf Verluste durchboxen wollen. Verlieren dürften bei dieser unsinnigen Situation vor allem die Kinder. Absurd: In erster Linie geht es doch um das Wohl der Schüler, aber ausgerechnet von denen ist meist nur am Rande oder gar nicht die Rede. Interessenpolitik, Macht und Geld haben das Sagen. Für das Stimmvolk dürfte jetzt klar sein: Zwei Fremdsprachen an der Primarschule sind ein totaler Unsinn, und dieser arroganten EDK-Runde muss unbedingt die Stirn geboten werden.

Oskar Meier, Bazenheid (SG)

Was sind wir für ein «Forschungsplatz» geworden, wo nur noch eine einzige, von der EDK vorpräparierte Meinung zu Schulfragen zugelassen wird. Wo Lehrer mundtot gemacht werden, wenn sie ihre Schüler nicht als Versuchskaninchen für fragwürdige und nicht evaluierte Lehrplan-Experimente hergeben wollen. Wo Eltern, die für ihre Kinder eine lebensstaugliche Schulbildung fordern, gemäss EDK-Präsident Eymann nichts zum

Lehrplan zu sagen haben. Wo nur Mainstream-Pädagogen einen Lehrstuhl kriegen und wo die Linguistin Simone Pfenninger, die sich traut, ihre fundierten Forschungsergebnisse der Öffentlichkeit zu präsentieren, aus dem Land gegrault wird. Was ist nur aus unserem hohen Bildungs- und Forschungsniveau geworden! Holen wir es zurück, und lassen wir uns nicht davon abhalten, auf demokratischem Weg den Lehrplan 21 und die Fremdsprachenfrage zur Diskussion zu stellen!

Marianne Wüthrich, Wil (SG)

Der Bericht zeigt mit erschreckender Deutlichkeit, um was es allein geht: das politische Prestige. Die Bildungsbürokraten um Bundesrat Berset und die Erziehungsdirektorenkonferenz wollen, dass Französisch und Englisch im Lehrplan der Primarschule stehen. Ob die Schüler dabei tatsächlich auch etwas lernen, ist völlig unerheblich. Dementsprechend werden sowohl Erfahrungen aus der Praxis wie auch wissenschaftliche Untersuchungen, die sich mit dieser doch wohl nicht unwichtigen Frage beschäftigen, in den Wind geschlagen, wobei man vor der Diffamierung der Autoren nicht zurückschreckt. Die bildungspolitische Ideologie triumphiert über die schulische Realität.

Helmut Meyer, Zürich

Meine 35-jährige Praxiserfahrung als Sekundarlehrer bestätigen die Forschungsergebnisse von Simone Pfenninger. 2006 fand an meiner Schule eine Qualifikation durch die Schulaufsicht statt. Die Profis besuchten die Französischlektion einer 1.-Sek.-Klasse und staunten über die Kommunikationsfähigkeiten der Schüler. Ein PH-Vertreter sagte zu mir: «Das ist sicher so wegen des Frühfranzösisch.» Ich antwortete: «Nein, nicht wegen, sondern trotz Frühfranzösisch.» Diese Feststellung gilt auch für Frühenglisch, denn die Primarlehrerinnen sind unzureichend ausgebildet. Wenn eine Lehrperson nicht fähig ist, eine Lektion zu 99 Prozent in der Fremdsprache zu halten, gibt es kaum einen Lerneffekt und keine Erweiterung des aktiven und passiven Wortschatzes. Schade um die Zeit und um das Geld.

Roland Popert, Ossingen (ZH)

Der Streit um das Frühfranzösisch ist symptomatisch für das Verhältnis von Bildungspolitik und Bildungsforschung hierzulande. Auf der einen Seite beschränkt sich das Interesse der EDK seit Jahren darauf, von der Wissenschaft Zustimmung für die eigenen Reformprojekte zu erhalten. Kritische Stimmen werden totgeschwiegen, ja diffamiert. Gleichzeitig wird überschätzt, was eine einzelne Studie über die komplexe Wirklichkeit in Schule und Unterricht auszusagen vermag. Die Bemerkung des EDK-Präsidenten, wonach es im Bildungsbereich derzeit «zu viele Studien» gebe, ist angesichts des Forschungsbedarfs im schweizerischen Bildungswesen schlicht unverständlich.

Auf der anderen Seite gilt leider auch umgekehrt, dass nicht wenige Bildungsforscher den Erwartungen der Bildungspolitik nachkommen und der neuesten EDK-Reform unkritisch das Wort reden. Wenn sich «über hundert Fachleute» für zwei Fremdsprachen auf der Primarstufe aussprechen, dann tun sie dies nicht, weil sie dazu empirische Belege vorlegen könnten, sondern weil sich ihre politische Haltung in der Fremdsprachenfrage mit derjenigen der EDK deckt. Geradezu absurd ist die Ansicht, die Wissenschaft könne den Fremdsprachenunterricht erst dann seriös untersuchen, wenn er sich in allen Kantonen «eingependelt» hat. Aus Sicht der Bildungsforschung wäre es ideal, wenn wir kantonale Unterschiede hätten, da sich nur so methodisch kontrolliert vergleichen liesse, welcher Weg zum Erwerb von zwei Fremdsprachen der erfolgreichere ist. Dies müsste auch die

Haltung der Schweizerischen Koordinationsstelle für Bildungsforschung (SKBF) sein, aber leider unterwirft auch sie sich dem politischen Diktat der EDK.

Walter Herzog, emeritierter Professor für Pädagogik, Liebefeld (BE)

Aufgrund einer einzigen Studie ein ganzes Schulsystem zu ändern, wäre fahrlässig, meint der stellvertretende Direktor der SKBF. Mag sein. Aber was war es dann, aufgrund von gar nichts ausser einem Ökonomenfurz das Frühenglisch in einem ganzen Kanton einzuführen?

Daniel Heierli, Zürich

Als ehemaliger Projektleiter des Französischlehrwerks «Envol» möchte ich zum Artikel nicht schweigen. Ich weiss nicht, wieso sich unsere Politiker darauf versteifen, als wissenschaftlich bewiesen darzustellen, was sich wissenschaftlich nicht beweisen lässt. Von der Vorverlegung des Fremdsprachenunterrichts sind jedenfalls keine Wunder zu erwarten, vor allem dann nicht, wenn die Stundendotationen so mickrig bleiben. Dass Simone Pfenninger nun die gleichen Probleme beim Frühenglisch feststellt, die mir schon vom Frühfranzösisch bekannt waren, überrascht mich wenig. Man kann nicht zu einem nennenswerten Ziel gelangen, wenn man sich darauf beschränkt, den Fremdsprachenunterricht in homöopathischen Dosen zu verabreichen.

Jakob Wüest, emeritierter Professor für Sprachwissenschaften, Zürich

So funktioniert offenbar Sprachenpolitik in der Schweiz: Erziehungspolitiker und allen voran ein Bundesrat verlassen sich – wenn es um die zweite zu erlernende Fremdsprache geht – auf ihr Bauchgefühl, unterstützen ungestützte föderalistisch-patriotische Annahmen, ignorieren kritische Studien und interpretieren andere so, dass sie ihnen nützen, ignorieren oder diskreditieren unliebsame Gegnerinnen und Gegner und stellen sie im schlimmsten Fall kalt.

Die Studie von Simone Pfenninger und anderen bestätigen meine vierzigjährige Erfahrung als Sprachlehrer: Im Zentrum steht das Wohl der Lernenden, Qualität geht über Quantität; das im Gegensatz dazu stehende «Je früher, desto besser!» entpuppt sich als romantische Wunschvorstellung. Fazit: Die Schweiz wird auch ohne Frühfranzösisch oder Frühenglisch nicht auseinanderfallen; der Glaube an und das Vertrauen in die Politiker, die eine solche Gängelung der Kantone gegen den Volkswillen durchdrücken wollen, hängen schon.

Urs Stähli, Winkel bei Bülach (ZH)

Warum wird eigentlich in der Fremdsprachenfrage seit Jahren ein entscheidender Aspekt ausgeblendet: Seit Jahrzehnten weiss man, dass ein jüngeres Kind eine fremde Sprache schneller lernt als ein älteres Kind oder ein Erwachsener. Dass man unter diesem Lernen jedoch eine Immersionssituation und nicht eine Unterrichtssituation mit zwei Wochenstunden versteht, geht in der politischen Diskussion völlig unter. Schon in den neunziger Jahren hat mir eine erfahrene Gymilehrerin für Französisch erklärt, dass sie beim Französisch in der ersten Gymnasialklasse nach dem ersten Halbjahr keinen Unterschied mehr merke, wer in der 5./6. Primarklasse Französischunterricht genossen hatte und wer nicht.

Ursula Jenny-Högger, Meggen (LU)

Im Rahmen eines Programms der Pro Senectute Luzern stand ich in den letzten zwei Schuljahren als Senior im Klassenzimmer und unterrichtete als sprachkundiger Laie vor allem Französisch, zunächst in der sechsten, dann in der fünften Klasse einer jungen Lehrerin. Aufgrund meiner Erfahrungen muss ich sagen: Die Auffassung, dass Frühfranzösisch in der heutzutage dargebotenen Form zu irgendetwas gut sei, ist ein ärgerlicher Irrglaube. Auch die begabteren unter den Kindern haben trotz den bereits absolvierten Schuljahren kaum eine Ahnung von Französisch, geschweige denn erste Kenntnisse. Der passive Wortschatz ist mehr als bescheiden, der aktive tendiert gegen null. Grammatikalisch fehlen selbst einfachste Vorstellungen, und Ausspracheregeln sind unbekannt. Mir ist schon klar, weshalb die Verantwortlichen Studien über konkrete Resultate zu verhindern versuchen. Der Befund wäre vermutlich katastrophal.

Peter Kohler, Willisau (LU)

Die EDK scheint sich immer mehr als von der Kantonshoheit im Bildungswesen abgehobenes Gremium zu gebärden, das offenbar keiner demokratischen Aufsicht untersteht. Druckversuche gegen Wissenschaftler ist das letzte Beispiel in einer längeren Reihe. Beim umstrittenen Projekt Lehrplan 21 wird vom Kartell verschwiegen, dass es mit der mysteriösen Kompetenzorientierung und dem konstruktivistischen „selbstgesteuerten Lernen“ um den radikalsten Systemwechsel in der Geschichte der Volksschule geht, der qualifizierte Lehrer und den bewährten Klassenunterricht abschaffen will. Schon in der NZZ vom 13.8.2013 wurde auf die finsternen Pläne der EDK am Volk vorbei aufmerksam gemacht: «Gewarnt sei vor einem staatlichen Umerziehungsplan, der in Form eines «modernen» Lehrplans daherkommt.» Entgegen den ständigen Behauptungen der EDK wurde mit dem Bildungsartikel von 2006 nicht über den Lehrplan 21 abgestimmt. Die Rechtsgrundlage des LP21 ist eine blosser Verwaltungsvereinbarung der EDK von 2010, mit der de facto die kantonalen Parlamente umgangen werden konnten. Wenn renommierte Wissenschaftler wie Simone Pfenninger die Schweiz verlassen, ist das ein Alarmzeichen. Das erfolgreiche Schweizer Bildungssystem darf nicht am Volk vorbei heimlich beerdigt werden!

Peter Aebersold, Zürich

Die Frage um Sinn und Unsinn des frühen Fremdsprachenunterrichts steht schon seit Jahren im Raum. Bereits 1997 setzte Ernst Buschor und seine Lobby den Beginn des Englischunterrichts überraschend auf die zweite Primarklasse fest. Der Entscheid fiel nach einem Tagungsbesuch Buschors in den USA! Er warf damit im Kanton Zürich die bereits aufgegleiste Planung des Fremdsprachenunterrichts über den Haufen und verhinderte ein gemeinsames Vorgehen der Kantone. Der nachfolgende Schulversuch im Kanton Zürich mit Frühenglisch zeigte dürftige Ergebnisse. Verschiedene unabhängige Studien verwiesen auf die falschen Annahmen bezüglich des frühen Sprachenlernens im Rahmen der Schule. Dennoch wurde Frühenglisch und Frühfranzösisch mit riesigem finanziellem Aufwand flächendeckend eingeführt. Das Diktat hatten die globalen (Bildungs-)Konzerne, da waren wissenschaftliche Erkenntnisse nicht gefragt und nicht gewünscht..

Dr. Eliane Perret Volketswil

Die Abwertung seriöser Sprachenstudien wird nicht goutiert

Kommentar der Redaktion zu den eindrücklichen Leserbriefen aus der NZZ

Die massiven Druckversuche von Seiten der Befürworter des frühen Sprachenlernens gegenüber kritischen Forscherinnen und Forschern hat heftige Reaktionen ausgelöst.

Wirklich eindrücklich: Ausnahmslos alle zehn Beiträge auf der Leserbriefseite der NZZ vom letzten Sonntag kritisieren den Umgang der EDK mit Studien, welche das frühe Sprachenlernen als ineffizient entlarven, mit klaren Worten.

Wir haben sämtliche Leserbeiträge der genannten Forumsseite in unseren Newsletter aufgenommen. Jeder Text in eine Fundgrube für Erkenntnisse aus dem Bereich des Sprachenlernens. Es kommen Schulpraktiker und renommierte Forscher mit intaktem Bezug zur Schule zu Wort.

Dabei stellt sich einmal mehr die Frage: Wann nehmen auch die verantwortlichen Bildungspolitiker von den realen Erfahrungen Kenntnis? Und finden sich noch Bildungsverantwortliche, die bereit sind, mit persönlichem Risiko für den Abbruch einer gescheiterten Übung einzutreten?

Frühenglisch – ein schulischer Leerlauf

Seit St. Galler Tagblatt, 21. September 2016

gut zwei Jahren erleben wir eine erbitterte Debatte über den Fremdsprachenunterricht in der Primarschule. Der Zusammenhalt der Schweiz scheint auf dem Spiel zu stehen. Beim Frühfranzösisch hat die politische Auseinandersetzung zu einem regionalpolitischen Taktieren geführt; beim Frühenglisch geht die Angst um, in einer globalisierten Welt nicht mehr mithalten zu können. Es ist eine Auseinandersetzung unter Bildungspolitikern, Lehrern und Eltern. Und diese tun so, als ob Kinder beliebig lern- und anpassungsfähig wären. Sind sie aber nicht.

Die Sache ist aus linguistischer Sicht wesentlich komplizierter. Je früher Kinder eine fremde Sprache lernen, desto besser, heisst es. Stimmt. Aber nur, wenn sie die Sprache auf ihre Weise lernen dürfen, wenn die Sprache in ihren Alltag eingebettet ist, wenn die Kinder ausgedehnte Erfahrungen in einem ständigen sprachlichen Austausch mit Eltern und mit anderen Bezugspersonen machen können. Diese Art, eine fremde Sprache ganzheitlich zu erlernen, wird als synthetischer Spracherwerb bezeichnet. Er ist in den ersten Lebensjahren am stärksten, nimmt im Verlaufe der Schulzeit deutlich ab und erschöpft sich in der Pubertät weitgehend.

An seine Stelle tritt der analytische Spracherwerb, wie er uns aus der Oberstufe wohlvertraut ist. Ein Spracherwerb also, der hauptsächlich im Auswendiglernen von Wörtern und im Erlernen von Grammatikregeln besteht. Doch bis zum Alter von zwölf Jahren sind Grammatikregeln – selbst im Deutschunterricht – erfahrungsgemäss ein Buch mit sieben Siegeln. Erst mit dem Einsetzen des abstrakten Denkens in der Oberstufe nimmt das bewusste Verständnis für die Gesetzmässigkeiten der Sprache zu. Damit setzt die Fähigkeit zum analytischen Spracherwerb ein.

Kindern auf der Primarstufe eine Fremdsprache analytisch beibringen zu wollen, ist, so gesehen, ein pädagogischer Sündenfall. Frühenglisch und Frühfranzösisch konnten die Erwartungen, welche die Bildungspolitiker geweckt hatten, nie erfüllen. Berücksichtigt man die Kriterien für einen erfolgreichen Spracherwerb, war ein Scheitern unvermeidlich. Hier ein Wort, dort ein Reim, da ein Lied auf Englisch oder Französisch mag für die Kinder

unterhaltend und anregend sein, sprachkompetent werden sie dabei nicht. Dafür ist der Fremdsprachenunterricht in der Primarschule mit seiner minimalen Stundendotation viel zu isoliert. Da kommen die Kinder auch mit der grössten Motivation auf keinen grünen Zweig.

Es wäre deshalb höchste Zeit für das Eingeständnis, dass die Primarschule in den letzten zwölf Jahren einen kostspieligen und nicht kindgerechten pädagogischen Irrweg eingeschlagen hat. Doch, obwohl umfangreiche Studien und die Erfahrungen der Oberstufenlehrer längst gezeigt haben, dass die Frühlerner den Spätlernern sprachlich keineswegs überlegen sind, hält die Allianz aus Bildungspolitik, Verwaltung und Wissenschaft, aus Angst, ihr Gesicht zu verlieren, und befeuert durch enorme Mittel für die Umsetzung, am Frühfremdsprachenkonzept unbeirrt fest.

Dabei wird selbst Elementares einfach verdrängt: so etwa die Tatsache, dass in der Deutschschweiz Aufwachsende zuerst die deutsche Hochsprache lernen müssen, bevor sie sich an die Wortformen und die Syntax einer Fremdsprache wagen können. Wer in der Muttersprache argumentieren, einen Text verstehen oder einen Aufsatz strukturieren kann, überträgt diesen Vorteil auf die Fremdsprache. Dagegen wird das Erlernen von Fremdsprachen ohne eine gewisse Sicherheit in der Muttersprache viel schwieriger. Es nützt wenig, wenn sich Kinder und Jugendliche in drei oder noch mehr Sprachen nur auf bescheidenstem Niveau ausdrücken können.

Durch das Anwachsen der kritischen Datenmenge in jüngster Vergangenheit und den gleichzeitigen Mangel an Beweisen für die Langzeitwirkung von Frühenglisch und Frühfranzösisch scheinen die Nerven der Befürworter zunehmend blank zu liegen. Anders ist es nicht zu erklären, dass mahnende Stimmen häufig verspottet oder ihre Studien von EDK-Vertretern als «unwissenschaftlich» diffamiert werden. So geschehen mit der Zürcher Linguistin Simone Pfenninger, deren einziges «Vergehen» im Fazit ihrer aktuellsten Studie zum Fremdspracherwerb besteht, wonach man Englisch getrost in die Oberstufe verschieben kann. Nach ihr gilt ganz allgemein: Besser spät und intensiv als früh und halbhatzig.

Mario Andreotti Dozent für Neuere deutsche Literatur und Buchautor

Die Volksschule muss wieder Sache des Volkes werden

Medienmitteilung des Abstimmungskomitees „Ja zum HarmoS-Ausstieg“, 25. 9. 2016

Das Initiativkomitee „Ja zum HarmoS-Ausstieg“ fordert zusammen mit einem beachtlichen Stimmenanteil der Stimmbürger die Regierung und den Erziehungsrat auf, die Kinder ins Zentrum der Schulpolitik zu setzen. Das vom St. Galler Stimmbürger beschlossene Ja zum HarmoS-Verbleib bedeutet keinen Freipass für weitere schädliche Schulreformen.

Die Regierung und die meisten Medien haben keine Mühe gescheut, die Initiative zum HarmoS-Ausstieg zu diskreditieren. Das mediale Beinahe-Monopol der HarmoS-Befürworter hat bestimmt zum Verbleib im HarmoS-Konkordat massiv beigetragen. Allen Bürgern, die unsere Initiative unterstützt haben, und allen, die trotz massiver Medienkampagne Ja gestimmt haben für einen HarmoS-Austritt möchten wir unseren Dank aussprechen.

Die Regierung muss nun daran gemessen werden, ob sie ihre Versprechungen einhält und bereit ist, das Kind auch mit dem HarmoS-Konkordat in den Mittelpunkt zu stellen, die

Lehrer-Schüler-Beziehung zu stärken und den Lehrerinnen und Lehrern die Methodenfreiheit zu belassen. Auch sind die wiederholten Versprechen umzusetzen, dass nach viel Unruhe die Reformwut beendet und endlich wieder einmal Ruhe in die Schulpolitik gebracht werden soll.

HarmoS darf auch nicht weiterhin als Hebel für ideologische Umgestaltungen der Schule benutzt werden. Die Stimmbürger haben Ja gesagt zu einer sinnvollen Koordination der kantonalen Schulen, aber nicht zu einer radikalen Veränderung der Volksschule. Schritte zum selbstorganisierten Lernen sollen gestoppt werden.

Rechnen, Lesen und Schreiben in deutscher Sprache sollen wieder als Grundlagen das nötige Gewicht erhalten. Das Kostbarste in der Volksschule, die vom verantwortlichen Lehrer gestaltete und geführte Klassengemeinschaft, muss auf alle Fälle erhalten bleiben.

Wir bleiben dran und werden uns weiter einsetzen gegen unsinnige Reformen und für eine starke Volksschule St. Gallen.

Für Fragen steht zur Verfügung:

Heinz Herzog, Pressesprecher Abstimmungskomitee „Ja zum HarmoS-Ausstieg“ 079 387 65 02

2. 10. 2016

Komitee «Lehrplan vors Volk», 8610 Uster

info@lehrplan-vors-volk.ch

www.lehrplan-vors-volk.ch

Spendenkonto: IBAN: CH55 0900 0000 8975 3598 5